

Frauenhäuser Einrichtungen in NRW arbeiten seit Jahren an der Belastungsgrenze – Allein in Köln müssen jedes Jahr Hunderte Schutzsuchende abgewiesen werden

In Frauenhäusern fehlen 1000 Plätze

VON LENA HEISING
UND SANDRA LIERMANN

Köln. Vor ein paar Jahren läutete die Klingel an der Geschäftsstelle von Frauen helfen Frauen in Kalk besonders früh. Es war acht Uhr, vor der Tür stand eine junge Frau auf der Flucht vor ihrem gewalttätigen Partner. Sie bat um einen Platz in einem der zwei Kölner Frauenhäuser für sie und ihre Kinder, die im Auto warteten. Beide Frauenhäuser waren zu dem Zeitpunkt voll belegt. „Ich setzte mich mit ihr an den Computer, suchte Frauenhäuser heraus und sie rief dort an“, erzählt Claudia Schrimpf, Mitarbeiterin der Autonomen Frauenhäuser in Köln. „Überall bekam sie eine Absage.“ Die Frau brach in Tränen aus. „Ich kann das nicht mehr“, sagte sie, „ich kann meine Geschichte nicht noch einmal erzählen.“ Eigentlich hätte Schrimpf die Frau wegschicken müssen. Sie brachte es nicht übers Herz. „Wir nehmen die Frau jetzt als Notaufnahme in Köln auf“, sagte eine Kollegin zu Schrimpf. „Obwohl wir keinen Platz haben.“

Die Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen arbeiten seit Jahren an der Belastungsgrenze. Um die europäischen Vorgaben zu erfüllen zu erfüllen, müsste das Land die Zahl der Frauenhausplätze nahezu verdoppeln. Das Recherchenetzwerk Correctiv.Lokal hat für das Jahr 2022 die Belegungsdaten von 200 Frauenhäusern in 15 Bundesländern zusammengetragen. Nur für die Stadtstaaten

„Wenn wir ein Frauenhaus morgens auf grün schalten, ist mittags der Platz weg“

Ute Fingaß

Berlin, Bremen und Hamburg konnten keine Daten erhoben werden. Für alle anderen Bundesländern gilt: Im Schnitt konnten die Frauenhäuser an 303 von 365 Tagen keine Frauen aufnehmen.

In Nordrhein-Westfalen ist die durchschnittliche Belegungsquote mit über 86 Prozent besonders hoch. Das bedeutet: Im Schnitt war 2022 in einem nordrhein-westfälischen Frauenhaus an 314 Tagen keine Aufnahme möglich. In Köln war eines der zwei Frauenhäuser im Mai sowie von Juli bis einschließlich November durchgängig voll belegt, das andere von Februar bis einschließlich Mai sowie im September und Dezember. In Leverkusen war im Januar sowie von Juli bis einschließlich Dezember keine Aufnahme mehr möglich. Frauen, die zu diesen Zeitpunkten Schutz suchten, wurden abgewiesen.

Eigentlich empfiehlt der Europarat, einen Schutzplatz für eine Frau oder ein Kind pro 7500 Einwohner zu bieten. Die Bundesrepublik hat sich 2018 mit der sogenannten Istanbul-Konvention dazu verpflichtet, mehr Frauenhausplätze zu schaffen. Dennoch fehlen bundesweit rund 3470 Plätze, 1050 davon in Nordrhein-Westfalen. Seit rund 15 Jahren

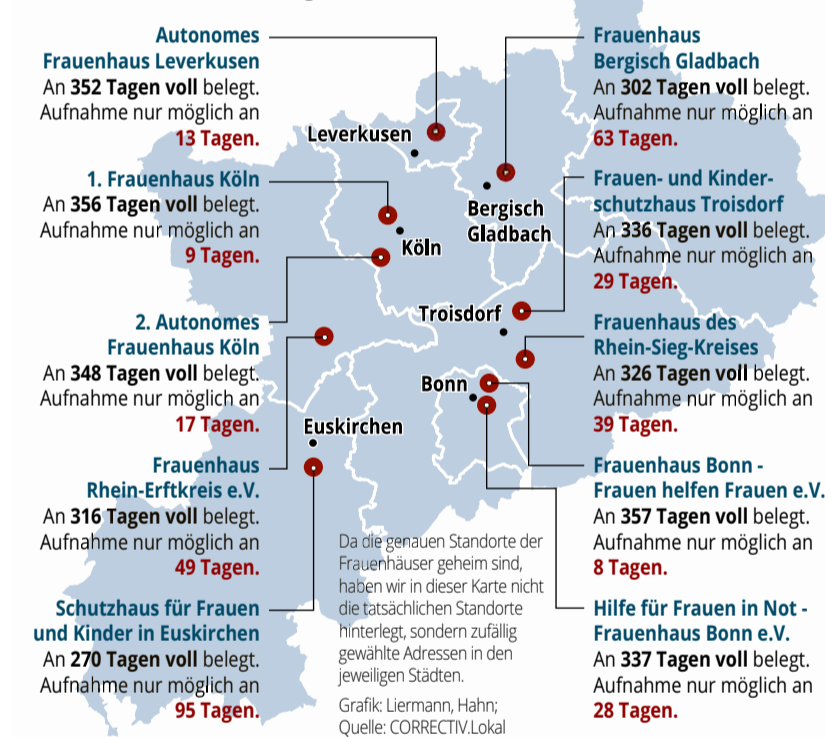


Ute Fingaß (l.) und Claudia Schrimpf arbeiten in den beiden Autonomen Frauenhäusern in Köln.

Foto: Lena Heising

Frauenhäuser in Köln und Region

Die Frauenhäuser in Köln und der Region waren im Jahr 2022 im Schnitt zu mehr als **92 Prozent ausgelastet**.



kennzeichnen NRW-Frauenhäuser auf der Webseite Frauen-Info-Netz, ob sie Aufnahmekapazitäten haben. Ein volles Haus ist auf der Karte rot markiert, ein Haus, das nur noch Platz für Frauen ohne Kinder hat, gelb, ein Haus mit Kapazitäten für Frauen und Kinder steht auf grün. Am Dienstag waren von den 67 Frauenhäusern 66 rot markiert. Einzig das Frauenhaus in Aachen konnte Schutzsuchende Frauen aufnehmen.

„Wenn wir ein Frauenhaus morgens auf grün schalten, ist mittags der Platz weg“, sagt Ute Fingaß, die wie Claudia Schrimpf in einem der Kölner Frauenhäuser arbeitet. Obwohl die Frauenhäuser ihre Aufnahmekapazitäten im Internet kennzeichnen, mussten die Kölner Standorte im Jahr 2021 rund 400 Frauen

abweisen. „Es ist frustrierend.“ Was mit den Frauen passiert, die sie ablehnen, wissen sie nicht. Einige finden womöglich noch einen Platz, andere geben nach einigen Absagen auf und bleiben vorerst doch bei dem Täter, vermutet Schrimpf.

In Köln bieten zwei Frauenhäuser Zuflucht. Ihre Adresse ist streng geheim: Die Bewohnerinnen dürfen keinen Besuch empfangen und müssen ihren Standort auf allen technischen Geräten deaktivieren. Das erste Kölner Frauenhaus hat Platz für 16 Frauen und 18 Kinder, im zweiten kommen zehn Frauen und 14 Kinder unter. Sie werden von 15 Vollzeitmitarbeiterinnen betreut.

Seit vielen Jahren kämpfen die Mitarbeiterinnen für ein drittes Frauenhaus in Köln. Dem stimmte der Stadtrat 2019 zu,

doch die Gespräche mit dem Land liefen schleppend. Mittlerweile, sagt Schrimpf, sind die Planungen konkreter. Wie viele Plätze das Frauenhaus bieten wird, steht noch nicht fest. Klar ist: Es wird nicht reichen. Laut der Istanbul-Konvention fehlen in Köln etwa 50 Schutzplätze.

Die Frauenhäuser bieten den Betroffenen nicht nur ein sicheres Zuhause, sondern Unterstützung in allen Lebensbereichen, vermitteln bei Bedarf Psychotherapeuten und begleiten die Frauen auf Termine. Nach einer langen Zeit der Gewalt fehle es Vielen an Selbstbewusstsein, sagt Schrimpf. „Bei uns blühen sie mit der Zeit richtig auf. Wir stabilisieren sie und helfen ihnen, wieder zu ihrer Kraft und ihrem Potenzial zu finden.“

„Wir stabilisieren die Frauen und helfen ihnen, wieder zu ihrer Kraft und ihrem Potenzial zu finden“

Claudia Schrimpf

Jede Aufnahme bringt für die Mitarbeiterinnen auch viel Bürokratie mit sich. Denn die Finanzierung der Frauenhäuser ist nicht einheitlich geregelt: Das Land bezuschusst Personalkosten, die Stadt Köln zahlt Tagessätze für die Frauen und fordert die Kosten wiederum von der Herkunftskommune der Frau ein. Zehn Prozent der Kosten tragen die Frauenhäuser selbst, etwa durch Spenden.

Sind Frauen über eine etwas längere Zeit auf die Unterstützung im Frauenhaus angewiesen, machen die Herkunftskommunen häufig Druck, sagt Schrimpf. Einige drohen sogar, die Kosten nicht länger zu übernehmen. „Es müsste eine bundesweite oder zumindest landesweite einheitliche Finanzierung geben. Eine vom Einzelfall unabhängige Pauschale, die alles abdeckt, damit wir Mitarbeiterinnen uns auf unsere eigentlichen Aufgaben konzentrieren können.“ Schrimpf kritisiert zudem, dass Frauen, die keine Sozialleistungen erhalten, für ihren Schutzplatz selbst finanziell aufkommen müssen.

Das Landesministerium für Familie und Gleichstellung betont auf Anfrage, in NRW habe es seit Beginn der Coronapandemie keinen Tag gegeben, an dem alle Schutzplätze im Land belegt waren. Gleichwohl gebe es „weiterhin Schutzlücken“. Die Landesregierung habe sich zur Aufgabe gehabt, diese gemäß der Istanbul-Konvention zu schließen.

Gleichstellungsministerin Josefine Paul (Grüne) sagt, ihr Ministerium werde eine Fach- und Koordinierungsstelle „Istanbul-Konvention“ einrichten. Die Frau, die damals um acht Uhr bei der Geschäftsstelle von „Frauen helfen Frauen“ in Kalk klingelte, hatte Glück. Kurz nach ihrer Notaufnahme wurde ein Platz im Kölner Frauenhaus frei. Sie hält noch Kontakt zu den Mitarbeiterinnen des Frauenhauses, erzählt ihnen von ihrem neuen Job, von der eigenen Wohnung, in der sie mit ihren Kindern lebt. „Sie hat es geschafft“, sagt Schrimpf.

Klage gegen Fesseln im Krankenhaus

Sicherungsverwahrter bekommt in Karlsruhe Recht

Karlsruhe. Ein Sicherungsverwahrter aus Nordrhein-Westfalen, der bei einem viertägigen Krankenhausaufenthalt nahezu ununterbrochen gefesselt war, hat sich dagegen erfolgreich in Karlsruhe gewehrt. Seine Verfassungsbeschwerde sei offensichtlich begründet, teilte das Bundesverfassungsgericht am Mittwoch mit. Der Mann sei in seinem allgemeinen Persönlichkeitsrecht verletzt worden.

Der Kläger war nach zehn Jahren Haft im Februar 2020 zur Sicherungsverwahrung in die Justizvollzugsanstalt (JVA) Werl gekommen. Gut ein halbes Jahr später musste der Mann für eine Operation ins Klinikum Dortmund. Dort war er mit Ausnahme der Zeit in Vollnarkose 96 Stunden lang an den Händen oder an den Füßen gefesselt – bei der Voruntersuchung, im OP-Vorraum, beim Aufwachen und bei Spaziergängen mit zwei Bewaffneten.

Der Mann war dagegen gerichtlich vorgegangen. Er habe wegen der Fesselung Schmerzen gehabt und nicht richtig schlafen können. Im Liegen habe er sich nicht drehen oder die Beine anwinkeln können, weil er mit einer Fußfessel an den Bettrahmen gefesselt war.

Alternative Maßnahmen

Das Landgericht Arnsberg hatte die Fesselung für verhältnismäßig gehalten. Weil offen gewesen sei, wie lange die Sicherungsverwahrung dauern würde, sei eine gewisse Fluchtmotivation anzunehmen. Anders nun Karlsruhe: Nach Auffassung der Richter und -richter hätte das Landgericht darauf achten müssen, ob sämtliche alternativen Maßnahmen ausgeschöpft wurden. So habe es hier nahegelegen, die Zahl der JVA-Beamten zu erhöhen, um zumindest zeitweise auf die Fesseln verzichten zu können. Und es hätte berücksichtigt werden müssen, dass das vorherige Verhalten des Mannes keinerlei Anlass für Beanstandungen gab und dass seine Erkrankungen einen Fluchtversuch erschwert hätten. (dpa)



Ein Häftling hatte gegen Fesseln im Krankenhaus geklagt.

50 € GUTSCHEIN
Einlösbar Online oder Vorort, ab 500,- € Einkaufswert*
Jetzt scannen & sichern!

*Nicht mit anderen Aktionen kombinierbar.

Gartenmöbelprofis.de
/FRUI-GARTENMÖBEL

WIR ERÖFFNEN DIE GARTENSAISON
am 02. März

Alexander-Bell-Str. 15-17 • 53332 Bornheim • Tel & WhatsApp 02222-98 90 101 • www.frui-gartenmoebel.de